

## KRIEG IN DER UKRAINE

### Wie kann eine angemessene Reaktion auf die humanitäre Katastrophe mitten in Europa aussehen?

Der Angriff russischer Truppen auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Welt erschüttert und verändert. Dieser Krieg bringt für Millionen von Menschen körperliches und seelisches Leid mit sich. Er zerstört die Lebensgrundlage für die Menschen in der Ukraine und wird viele noch unabsehbare politische Folgen für die multilaterale Ordnung mit sich bringen. Im Kampf um die Kontrolle von Großstädten wie Kiew und Charkiw oder mittleren Städten wie Mariupol wird eine massive Zunahme der Opfer in der Zivilbevölkerung befürchtet.

Bereits mehr als 1,5 Millionen Menschen, überwiegend Frauen, Kinder und ältere Menschen, haben laut den Vereinten Nationen (UN) die Ukraine bis jetzt verlassen (Stand 7. März), bis zu 6 Millionen Menschen könnten laut der Europäischen Kommission noch folgen. Fast eine Million Menschen sind über die Grenze nach Polen geflohen. Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs hat Untersuchungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine angekündigt.

Wie der russische Angriff auf das Atomkraftwerk Saporischschja am 3. März zeigt, gehen große Gefahren von der Situation in Tschernobyl und den 15 Atomreaktoren in vier Anlagen der Ukraine aus. Während der militärischen Auseinandersetzungen können gezielte Angriffe oder Unfälle durch menschliches Fehlverhalten unter Stress leicht unabsehbare und schwerwiegende humanitäre, gesundheitliche sowie ökologische Folgen auch über die Ukraine hinaus nach sich ziehen.

Mehr als ein Dutzend Mitgliedsorganisationen von VENRO sind seit 2014 in der Ukraine tätig. In der Regel arbeiten sie mit mehreren Partnerorganisationen vor Ort zusammen. Schwerpunkte sind der Aufbau von Sozialstrukturen für die Unterstützung von intern Vertriebenen und psycho-soziale Betreuung. Zahlreiche weitere humanitäre Organisationen befinden sich in einer Sondierung und möchten unmittelbare humanitäre Hilfe in den zugänglichen Gebieten der Ukraine sowie für Geflüchtete in den Nachbarstaaten leisten. Der landesweite Angriff gefährdet auch die Mitarbeitenden von ukrainischen sozialen Organisationen sowie internationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO). Sie müssen sich um die Sicherheit des eigenen Personals sorgen. Dennoch hoffen sie, in den Regionen bleiben und die Notversorgung ausweiten zu können.

Auch Millionen von Menschen im Globalen Süden könnten die Auswirkungen des Krieges schon bald zu spüren bekommen. Die Ukraine und Russland sind bedeutende Produzenten von Grundnahrungsmitteln wie Weizen, Mais und pflanzlichen Ölen. Der Krieg in der Ukraine kann die ohnehin fragile Ernährungssicherheit im Nahen Osten und in vielen afrikanischen Ländern daher massiv beeinträchtigen. Mehr als 20 Prozent der globalen Weizen- und mehr als 30 Prozent der Maisexporte entfielen in den letzten Jahren auf Russland und die Ukraine. Dies könnte zu Versorgungsknappheit und weiteren Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln führen und die Situation etwa in der von einer schweren Dürre geplagten Region am Horn von Afrika zu-

spitzen. Auch die Destabilisierung globaler Energiemärkte wird schwerwiegende Folgen für die Menschen im Globalen Süden mit sich bringen und könnte Millionen von Menschen in Armut stürzen.

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung legen den Schwerpunkt auf Sanktionen in enger Abstimmung mit der Europäischen Union (EU) und den USA, beschränkte Waffenlieferungen an die Ukraine sowie auf die militärische Abschreckung einer weiteren Ausweitung des Konfliktes auf Mitgliedstaaten der Nato.

VENRO begrüßt die Einigung auf die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie als EU-weite Rechtsgrundlage für eine unkomplizierte Aufnahme von Geflüchteten. Ein bitterer Beigeschmack ist allerdings, dass an der polnisch-belarussischen Grenze und in Kroatien sowie weiterhin auf dem Mittelmeer völkerrechtswidrig Menschen abgewiesen werden, ohne ihnen eine Prüfung auf Asyl zu ermöglichen. Zudem gibt es glaubwürdige Berichte über eine diskriminierende Praxis gegenüber Menschen nicht-ukrainischer Nationalität und Herkunft bei Annäherung an den Grenzen und während des Grenzübertritts. Solche Doppelstandards sind nicht akzeptabel. Alle Schutzsuchenden müssen gemäß der geltenden rechtlichen Grundlagen wie der Genfer Flüchtlingskonvention gleichermaßen behandelt werden.

### **Um die humanitären Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Nachbarländer und möglicherweise andere Regionen weltweit zu begrenzen, fordert VENRO**

1. die russische Regierung und alle weiteren an dem Konflikt beteiligten Regierungen auf,
  - das humanitäre Völkerrecht zu achten. Dazu zählt der Schutz von Zivilist\_innen
2. die Bundesregierung auf,
  - in die vorläufige Haushaltsführung 2022 eine Ausnahmeregelung für Sondermittel für die Ukraine aufzunehmen und der Umwidmung von Mitteln aus Titeln der laufenden Entwicklungszusammenarbeit mit der Ukraine für humanitäre Hilfe zuzustimmen, damit dringend benötigte Hilfe umgehend bereitgestellt werden kann. Zusätzliche Mittel für die Ukraine dürfen insgesamt nicht zu Lasten der Mittel für andere humanitäre Krisen oder der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit gehen.
  - angesichts der besonderen Unübersichtlichkeit der weiteren Entwicklung in der Ukraine auch humanitäre Mittel mit erhöhter Flexibilität bezüglich des Ortes, der Art der Maßnahmen und des Zeitrahmens zu vergeben.
  - die zusätzlichen humanitären Mittel nicht alleine über die UN umzusetzen. NRO verfügen vielerorts über etablierte Partnerstrukturen und haben einen leichteren und direkteren Zugang zur betroffenen Bevölkerung. Ukrainische

und zivilen Einrichtungen (beispielsweise Verwaltungsgebäude, Wasser- und Stromversorgung, Krankenhäuser, Schulen und alle Wohngebiete) sowie der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit militärischer Handlungen. Der Zugang für humanitäre Helfer\_innen und der Zugang betroffener Menschen zu humanitärer Hilfe muss uneingeschränkt gewährleistet werden. Die in der zweiten Verhandlungsrunde vereinbarten Schutzkorridore müssen ernsthaft umgesetzt werden.

NRO sollten weiterhin so lange wie möglich gefördert werden, damit dringende Hilfe vor Ort auch umgesetzt werden kann.

- gemeinsam mit Hilfsorganisationen praktikable Lösungen zu suchen, um Barmittel zur Versorgung der in Not gedrängten Bevölkerung in der Ukraine einführen und vor Ort auszahlen zu können.
- die transparente Dokumentation von bereits gemeldeten und zukünftigen Verletzungen des humanitären Völkerrechts in Zusammenarbeit mit anderen Staaten und den UN zu unterstützen, um so eine spätere gerichtliche Verantwortung von Kriegsverbrechen vorzubereiten. Die Einheit des Chefanklägers für Ermittlungen sollte mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterstützt werden.

### 3. die Europäische Union und die Nachbarstaaten der Ukraine auf,

- die Grenzen zu den Nachbarländern der Ukraine für alle Flüchtenden offen zu halten. Eine Unterscheidung nach Herkunft oder Aufenthaltsstatus in der Ukraine darf es bei Einreise nicht geben. Die Behandlung vor und nach Grenzübertritt muss diskriminierungsfrei sein. Kriegsdienstverweigerer von russischer oder ukrainischer Seite müssen ebenfalls das Einreiserecht erhalten.
- die Nachbarländer der Ukraine bei der Aufnahme von Geflüchteten direkt zu unterstützen und zu entlasten.

- die Grenzübergänge für die Einfuhr von Gütern weiterhin offenzuhalten.

### Nationale und internationale humanitäre Akteur\_innen sollten

- insbesondere die Situation von Frauen, Kindern, alten Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen in den Blick nehmen und durch systematische Erfassung von Daten zu Gender, Alter und Behinderung bedarfsgerechte Hilfe sicherstellen. Frauen und Mädchen sind in besonderer Weise von dem Krieg betroffen und Risiken sexueller Ausbeutung ausgesetzt. Besondere Risiken bestehen auch für Waisen in Einrichtungen und Kinder auf der Flucht. Alte Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen werden häufig von humanitären Maßnahmen nicht erreicht oder nicht in die Planung von Evakuierungen einbezogen. Spezielle Maßnahmen zur Prävention von geschlechtsbasierter Gewalt und Menschenhandel müssen vorgesehen werden.
- psycho-soziale Maßnahmen für traumatisierte Geflüchtete an sicheren Orten innerhalb der Ukraine oder den Nachbarländern einplanen.
- ukrainischen Akteur\_innen die aktive Teilhabe an allen Planungs- und Koordinierungsprozessen ermöglichen. Bei den Koordinierungstreffen für einzelne humanitäre Bereiche, sogenannte Cluster, sollten weiterhin ukrainische zivile Akteur\_innen die Führungsrolle übernehmen.

Trotz der massiven humanitären Auswirkungen des Krieges dürfen die politischen und humanitären Krisen in anderen Ländern und die humanitäre Hilfe dort nicht aus dem Blick geraten. Zusätzliche Mittel für die Ukraine dürfen nicht zu Lasten der humanitären Hilfe oder Entwicklungszusammenarbeit für andere Krisenregionen wie Afghanistan, den Sahel oder den Jemen gehen.

Die erfolgreiche Einigung auf EU-Ebene auf die Massenzustrom-Richtlinie für Geflüchtete aus der Ukraine sollte als Impuls für dringend notwendige Fortschritte im gemeinsamen Europäischen Asylsystem und für eine Harmonisierung nationaler Bestimmungen genutzt werden.

Wir brauchen angesichts dieses Krieges eine politische und gesellschaftliche Debatte über alle Präventionsinstrumente, mit denen wir die nationale und globale menschliche Sicherheit steigern können. Eine verbesserte Verteidigungsbereitschaft trägt nicht zur Lösung weltweiter Konflikte und der Minderung der Folgen der Klimakrise oder wirtschaftlicher Folgen der Corona-Krise bei. Es darf nicht zu einer Kürzung für Mittel der Entwicklungszusammenarbeit, humanitären Hilfe und zivilen Krisenprävention kommen.

Dafür ist weiterhin die Zielmarke von mindestens 0,7 Prozent für die Entwicklungszusammenarbeit sowie zusätzlicher Klimaschutzmaßnahmen im Bundeshaushalt vorzusehen. Der Haushaltsansatz im Jahr 2022 für das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung muss mindestens auf dem Stand von 2021 gehalten und in den Folgejahren kontinuierlich gesteigert werden.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.

Stresemannstraße 72, 10963 Berlin  
Tel : 030/2 63 92 99-10  
E-Mail: sekretariat@venro.org

### Redaktion

Bodo von Borries, Maya Krille

### Endredaktion

Silvan Rehfeld

Berlin, 7. März 2022